

AKTUELL

SCHULBÜCHER

Männer sind Programm

Isabel Spigarelli

Forscherinnen der Universität Luxemburg prüften Schulbücher an Luxemburgs Sekundarschulen auf die Präsenz marginalisierter Personengruppen. Jetzt liegen die Ergebnisse vor.

Diese Woche präsentierten die Forscherinnen Claire Schadeck, Enrica Pianaro und Sylvie Kerger von der Universität Luxemburg die Studie „Les représentations du genre dans les livres scolaires en secondaire“ und somit die Fortsetzung der Studie „Les représentations du genre dans les manuels scolaires à l'école fondamentale luxembourgeoise“ aus dem Jahr 2021. Eins ist klar: Wissen schaut auf allen Bildungsebenen gleich aus, nämlich weiß, männlich und ohne Behinderung.

Die Forscherinnen nahmen 52 Bücher des „cycle inférieur de l'enseignement secondaire classique et général“ unter die Lupe, darunter die Fächer Deutsch, Französisch, Englisch, Mathe, Naturwissenschaften, Geschichte und Geografie. Hinzu kamen acht Unterlagen des Fachs „Vie et société“, das 2016 den Religionsunterricht an Luxemburgs Schulen ablöste.

Insgesamt tauchten in den Materialien 61.409 Figuren auf, davon waren rund 59 Prozent männlich. Frauen machten 21 Prozent, gender-neutrale Charaktere 20 Prozent aus. Damit sind in den Unterrichtsmaterialien in den unteren Sekundarstufen noch mehr Männer vertreten als in den Grundschulbüchern (54 Prozent). Auf beiden Bildungsebenen überwiegen die Geschlechterungleichheiten in Geschichte: Im Sekundaire waren dort 11.114 Männer und 1.847 Frauen vertreten; in der Grundschule betrug das Verhältnis 937 zu 226.

Und es gibt einen weiteren Negativtrend, der sich auf beiden Bildungsebenen bestätigt, nämlich die Vorherrschaft von Autoren auf den Literaturlisten, besonders für das Fach Deutsch. In der Grundschule waren 67 Prozent der gelesenen Autor*innen männlich; auf den Sekundarstufen sind es aufgerundet 79 Prozent. Schadeck, Pianaro und Kerger wollen deswegen mehr Diversität auf den Literaturlisten und verweisen unter anderem auf die Seite „Die Kanon“: ein Repertoire an Autorinnen und eine Denkhilfe für alle, die noch nie von erfolgreichen Schriftstellerinnen gehört haben.

Das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern setzt sich bei der Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung, nicht weißen und LGBTIQ+ Personen

fort. So sind im Französischunterricht auf den Sekundarstufen beispielsweise nur 337 von 14.233 Figuren nicht weiß. Im Kontrast dazu steht das Fach Englisch: Hier sind immerhin 967 von 9.300 Charakteren nicht weiß und werden ebenbürtig als Teil der westlichen Kultur abgebildet. In den Grundschulbüchern ist dies hingegen nicht der Fall: Dort werden sie als Fremde stilisiert. Die Forscherinnen fordern den Bruch mit diesem eurozentristischen Blick, etwa durch den Austausch mit Expert*innen auf diesem Gebiet.

Die Unsichtbaren

Das gleiche Schicksal teilen Menschen mit Behinderung in allen untersuchten Schulmaterialien, denn auch ihre Darstellung wird auf Stereotype heruntergebrochen und nur eingesetzt, wenn es um Behinderung geht. Damit sich dies ändert, empfehlen die Forscherinnen den Besuch der Website leidmedien.de, wo es Anweisungen zur diskriminierungsfreien Darstellung von Menschen mit Behinderung gibt.

Bei der Präsenz von LGBTIQ+-Themen verhält es sich ähnlich: Die größte Diversität herrscht sowohl in der Grundschule als auch auf der Sekundarstufe in naturwissenschaftlichen Fächern. Wird in der Grundschule dort das Thema intersex erwähnt, sind in den entsprechenden Unterrichtsmaterialien der Sekundarstufen 40 von 3.485 Charakteren und 17 von 82 gezeigten Paaren homosexuell. Homosexualität wird in dem Fall auf Körperlichkeiten reduziert, wobei LGBTIQ+-Themen besonders im Geschichtsunterricht und der Literatur mehr Platz verdient hätten. In den Sekundarstufen treten in Geschichte nur 9 homosexuelle Charaktere auf; in allen Sprachunterrichten zusammengenommen sind es 18. Um dem entgegenzuwirken, empfehlen die Forscherinnen Homosexualität zu entmystifizieren: Das Thema soll transversal und systematisch in allen Lehrbereichen mitgedacht werden.

Claire Schadeck verriet diese Woche im Gespräch mit RTL, der erste Teil der Studie fließe bereits in die Arbeit der Programmkommissionen ein: Bei der Erstellung neuer Materialien werde zumindest gezielt auf Geschlechterdarstellungen geachtet. Inwiefern das nun auch im Sekundaire der Fall sein wird, bleibt abzuwarten.

Die gesamte Studie und der komplette Forderungskatalog sind auf der Website der Universität Luxemburg einzusehen.

SHORT NEWS

Europäischer Drogenbericht veröffentlicht

(ja) – Am 16. Juni veröffentlichte die EU-Drogenbeobachtungsstelle in Lissabon (EMCDDA) ihren alljährlichen Europäischen Drogenbericht, der die aktuellen Tendenzen im Bereich Drogen zusammenfasst. Nach wie vor sei die Verfügbarkeit bei allen Drogen hoch, schreibt die EMCDDA, außerdem kämen stets neue Substanzen auf den Markt. Allein im Jahr 2022 sind 41 neue Substanzen aufgetaucht. Für die Konsument*innen sei oft nicht erkennbar, was sie genau einnehmen, weswegen die Autor*innen des Berichts sich für wirksame Risikokommunikation aussprechen. Auch Testmethoden für die Früherkennung gefährlicher Substanzen und Hilfsangebote für Betroffene müssten verbessert werden. In Luxemburg werden weniger illegale Drogen konsumiert als im EU-Schnitt. Das Gesundheitsministerium betonte in einer Pressemitteilung, trotz eines gesunkenen Konsums bereite die Verbreitung von Infektionskrankheiten wie HIV und Hepatitis C durch den Gebrauch von Injektionsnadeln Anlass zur Sorge. Das Luxemburger Spritzentauschprogramm gehöre jedoch zu den erfolgreichsten in Europa. Auch die Cannabis-Pläne der Regierung werden im EU-Drogenbericht erwähnt: Gemeinsam mit Deutschland, Malta, den Niederlanden und Tschechien gehört Luxemburg zu den fünf EU-Ländern, die Cannabis zu rekreativen Zwecken erlauben wollen.

Ringen um EU-Renaturierungsgesetz

(ja) – Am vergangenen Dienstag hat sich der EU-Umweltminister*innenrat für das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ausgesprochen. Das Renaturierungsgesetz soll die Biodiversität schützen und Wiederherstellungsmaßnahmen einführen. Bis 2030 sollen davon 20 Prozent der Land- und Meeresflächen der EU, bis 2050 alle Ökosysteme, die renaturiert werden müssen, profitieren. Der Vorschlag der EU-Kommission ist allerdings umstritten, vor allem die konservative EVP behauptete, die vorgeschlagenen Maßnahmen würden die Lebensmittelproduktion und -sicherheit in Europa beeinträchtigen. Während sich die Parlamentsausschüsse für Landwirtschaft und Fischerei gegen das Gesetz aussprachen, dauern die Diskussionen im Umweltausschuss des Parlaments an. Die nächste Abstimmung soll am 27. Juni stattfinden. Die luxemburgischen Umweltorganisationen Mouvement écologique und Natur & Émwelt begrüßten in einer Pressemitteilung die Entscheidung des Minister*innenrates. Sie lobten ebenfalls die Position der Luxemburger Umweltministerin Joëlle Welfring, die sich „für ein noch ambitionierteres Gesetz“ eingesetzt habe. Die Regierung betonte in einer Stellungnahme, der Kommissionsvorschlag sei bereits in den Nationalen Naturschutzplan, der Anfang 2023 veröffentlicht wurde, eingeflossen.

Humanité, paix, climat, justice sociale !

(lm) – La collaboration future de la « Friddensplattform » et de l'OGBL est résumée dans une prise de position publiée (en allemand) à l'occasion du World Refugee Day (20 juin). Le texte commence avec une critique cinglante de la politique d'asile de l'Union européenne : les deux organisations rejettent la politique de fermeture hermétique des frontières et les dérives qui y sont associées. Elles condamnent la montée du nationalisme et du racisme et réclament « de l'humanité » dans la politique d'asile. L'ONG pacifiste et le syndicat se positionnent ensuite par rapport à la guerre en Ukraine. De la charte des Nations unies découle une condamnation de l'attaque russe et un droit d'autodéfense pour l'Ukraine. « Que la seule réponse à l'agression russe consiste en toujours plus d'armes n'est pas une solution », estiment néanmoins les deux organisations, qui appellent à négocier plutôt que de risquer l'escalade de la guerre. Par rapport au réchauffement climatique, relevons l'exhortation à « modifier d'urgence nos habitudes de consommation démesurées », alors que d'habitude l'OGBL se montre plus timide en matière de transition écologique. Enfin, « sans justice sociale nous ne résoudrons aucun de nos problèmes », affirment l'ONG et le syndicat. Pour cela, ils défendent les acquis sociaux comme l'index, mais demandent aussi une réforme fiscale allégeant la charge des bas et moyens salaires et mettant à contribution les grosses fortunes et les revenus « très élevés ».